



EESC info

European Economic and Social Committee

A bridge between Europe and organised civil society

October 2022 | DE



Die lokale Sicht – S3 Folge 21 – Die EU-Bio-Auszeichnungen und Bio-Lebensmittel in Europa

In dieser Folge erkunden wir den ökologischen Landbau und die Erzeugung und Zubereitung von Bio-Lebensmitteln unter dem Blickwinkel

der ersten EU-Bio-Auszeichnungen, die acht europäischen Organisationen im September 2022 für Spitzenleistungen in allen Bereichen der Bio-Lebensmittelkette verliehen wurden: vom besten Bio-Betrieb über die beste Bio-Region bis hin zu den besten Bio-KMU und -Restaurants. Wie sind die Aussichten, dass das Ziel, bis 2030 in der EU 25 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen ökologisch zu bewirtschaften, auch wirklich erreicht wird? Tragen Bio-Lebensmittel zur Ernährungssicherheit und zur Erschwinglichkeit von Lebensmitteln in Zeiten von Energiekrise und Teuerung bei? Wenn ja, wie? Dies sind einige der Fragen, die wir mit unseren Gästen **Peter Schmidt** (EWSA), **Alexander Wugk** (Lilla Bjers), **Michel Pâque** (Ferme à l'Arbre), **Jörg Daunke** (J. Kinski) und **Eddy Wax** (POLITICO Europe) diskutieren werden. (tk)

This page is also available in:

- [ES](#)
- [BG](#)
- [CS](#)
- [DA](#)
- [EN](#)
- [ET](#)
- [FR](#)
- [EL](#)
- [GA](#)
- [HR](#)
- [IT](#)
- [LV](#)

- [LT](#)
- [HU](#)
- [MT](#)
- [NL](#)
- [PL](#)
- [PT](#)
- [FI](#)
- [RO](#)
- [SK](#)
- [SL](#)
- [SV](#)

Available Languages:

ES	BG	CS	DA	EN	DE	ET	FR	EL	GA	HR	IT	LV	LT	HU	MT
NL	PL	PT	FI	RO	SK	SL	SV								

GRUSSWORT



Grußwort

Liebe Leserinnen und Leser,

an dieser Stelle möchte ich Sie auf zwei anstehende Initiativen des EWSA zu den größten Problemen hinweisen, vor denen die Welt heute steht: der Klimakrise und dem Krieg in der Ukraine.

Vom 6. bis 18. November findet in Scharm El-Scheich (Ägypten) die **Jahrestagung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (COP 27)** statt. Noch nie stand mehr auf dem Spiel. Extreme Wetterereignisse, von Klimamodellen schon lange vorausgesagt, die enorme Zerstörungen und enormes Leid in der Welt verursachen, haben die Dringlichkeit, wenn überhaupt möglich, noch verschärft. In dieser Woche, in der sich die Staats- und Regierungschefs der Welt auf das Treffen vorbereiten, auf dem sie erneut den Versuch einer Einigung unternehmen wollen, mit der die Welt vor einer Klimakatastrophe gerettet werden kann, stimmt der EWSA über eine an sie gerichtete EntschlieÙung ab. In der EntschlieÙung werden mutige Entscheidungen zu den wichtigsten Themen gefordert, die auf dem Tisch liegen: Klimafinanzierung, Anpassung, Verluste und Schäden sowie mehr und ehrgeizigeres Handeln. Handlungsbedarf besteht in allen Bereichen. Im EWSA haben wir in den letzten Jahren entschlossene Positionen zu all diesen Aspekten erarbeitet. Die Botschaft der Sozialpartner und der Organisationen der Zivilgesellschaft ist klar und deutlich.

Wir müssen uns der Dringlichkeit der Klimakrise bewusst werden. Der Klimawandel hat Folgen für die Gesellschaft, die Bürger, die Wirtschaft und die gesellschaftliche Stabilität. Er ist nicht nur ein

Umweltproblem, er ist eine existenzielle Bedrohung. Ich möchte Sie und Ihre Organisationen bitten, die Botschaft unserer Entschliebung zu verbreiten, damit die Stimme der europäischen Zivilgesellschaft bis nach Scharm El-Scheich dringt.

Am 24./25. November wird der EWSA dann in Zagreb (Kroatien) eine Debatte abhalten, die dem **Krieg in der Ukraine und seinen Folgen für die EU** gewidmet ist. Drei Fragen sollen dabei im Mittelpunkt stehen: Welchen Einfluss haben der Krieg und der neue Kandidatenstatus der Ukraine auf die EU-Erweiterung und die Aussichten für langjährige Kandidaten? Wie wird sich dies auf die energiepolitischen Entscheidungen Europas und den Weg zur Klimaneutralität angesichts des drastischen Anstiegs der Energiepreise auswirken, der verheerende wirtschaftliche Schäden verursacht und die Entschlossenheit unserer Länder zum ökologischen Wandel auf die Probe stellt? In diesem Krieg spielt die Kommunikation eine Schlüsselrolle: wer gewinnt und was gibt es Neues von der Kriegsfront? Wie kommt Europa mit der neuesten Desinformationswelle klar?

Dieses Jahr werden angesehene Experten und Meinungsmacher teilnehmen und mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ins Gespräch kommen, die mit den Folgen des Krieges zu kämpfen haben. Von Arbeitgebern, die wegen hoher Energiekosten vor dem Ruin stehen, Arbeitnehmern, denen die Heizkosten zu schaffen machen und die kaum über die Runden kommen, bis zu Aktivisten, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren. Auch Ihre Organisation ist sehr wahrscheinlich von diesen Problemen betroffen. Vielleicht möchten Sie ja online an der Veranstaltung teilnehmen? Sie sind herzlich eingeladen. Nehmen Sie an der Debatte teil und helfen Sie uns, die Kultur des konstruktiven Dialogs und faktengeprüfter Informationen lebendig zu halten. Beide sind in diesen schweren Zeiten in Gefahr.

Also: Bleiben Sie dran!

Cillian Lohan

EWSA-Vizepräsident für Kommunikation

BITTE VORMERKEN

26./27. Oktober 2022, Brüssel

EWSA-Plenartagung

6.-18. November 2022, Scharm El-Scheich

DER EWSA AUF DER COP 27

24./25. November 2022, Zagreb

Seminar „Connecting EU“

Im Rahmen dieser Rubrik bitten wir EWSA-Mitglieder, auf Themen aufmerksam zu machen, die für sie von besonderem Interesse sind und ihnen besonders am Herzen liegen. Zum dritten Mal seit 2017 veranstaltet das Europäische Parlament von 24. bis 30. Oktober 2022 eine Europäische Woche für die Gleichstellung der Geschlechter. Das Thema Gleichstellung hat für die EU als Ganzes, insbesondere aber auch für den EWSA Priorität, der sich für gleiche Rechte für alle stark macht.

Maria Nikolopoulou, die Vorsitzende der Gruppe „Gleichstellung“ des EWSA, hebt jene Aspekte hervor, die den EWSA und das Parlament miteinander verbinden. Zudem berichtet sie, wie sich der EWSA an diesem Projekt beteiligen möchte, welche Themen der größten Aufmerksamkeit bedürfen und welche konkreten Aktionen der EWSA während der Woche für die Gleichstellung der Geschlechter plant.



MARIA NIKOLOPOULOU: EUROPÄISCHE WOCH FÜR DIE GLEICHSTELLUNG DER GESCHLECHTER IM EWSA

Schon im zweiten Jahr in Folge arbeitet der EWSA mit dem Europäischen Parlament zusammen und beteiligt sich an der „Europäischen Woche für die Gleichstellung der Geschlechter“. Es geht darum, dass es ganz normal sein sollte, in all unseren Debatten eine Geschlechterperspektive zu berücksichtigen.

Der EWSA hat beschlossen, im Rahmen der Sitzungen seiner Fachgruppen und der Beratenden Kommission für den industriellen Wandel (CCMI) im Oktober und November verschiedene Veranstaltungen zu organisieren. Darüber hinaus plant der EWSA auf seiner Oktober-Plenartagung, die während der Woche für die Gleichstellung der

Geschlechter stattfindet, eine Debatte mit **Evelyn Regner**, Mitglied und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, die dort für dieses Projekt zuständig ist.

Der EWSA unterstützt diese Initiative, und ich hoffe, dass wir sie so lange weiterführen können, wie dies notwendig ist, um ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass zwar Fortschritte auf dem Weg zu einer effektiven Gleichstellung von Männern und Frauen erzielt werden, dies jedoch nicht schnell genug geschieht und diese Fortschritte keineswegs unverrückbar sind. Unsere Gesellschaft stellt sich offen gegen Ungleichheit,

Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen. Die Mehrheit setzt sich bewusst und in der Öffentlichkeit für die Rechte der Frau ein und achtet sie. Leider sind aber einige Einstellungen und Diskurse so sehr in Fleisch und Blut übergegangen, dass manche Menschen unwissentlich in die Falle tappen und diese weiter verbreiten, während andere dies absichtlich tun, um einen gesellschaftlichen Wandel zu verhindern.

Die Zuständigkeitsbereiche der Fachgruppen des EWSA geben uns die Möglichkeit, die Stellung der Frau in verschiedenen Kontexten zu beleuchten – angefangen von den männerlastigsten bis hin zu den Bereichen, in denen Frauen besonders stark vertreten sind. Die Gleichstellung ist nicht „Frauensache“. Gleichstellung ist eine Voraussetzung für den Aufbau fairer, resilienterer und prosperierender Gesellschaften. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass Frauen und Männer diesen Weg gemeinsam gehen, Hand in Hand, und einander dabei respektieren und unterstützen.

Maria Nikolopoulou, EWSA-Mitglied und Vorsitzende der Gruppe „Gleichstellung“



[DIE UKRAINE IN EINEM BILD](#)

In der Rubrik „Die Ukraine in einem Bild“ veröffentlichen wir Fotos vom Krieg in der Ukraine und seinen Folgen. Oft sind es Journalisten, die sich an für uns unzugängliche Orte begeben, um die Ereignisse im Bild festzuhalten und zu verewigen.

Dieses Foto wurde von **Jowita Kiwnik Pargana**, einer polnischen Journalistin, EU-Korrespondentin und Autorin zahlreicher Berichte aus der Ukraine, aufgenommen, ausgewählt und kommentiert.

Während ich dieses Foto aussuche, feuert Russland Raketen über Kiew, Lwiw, Dnipro, Charkiw und Saporischschja ab. Vor dem Hintergrund des Rachefeldzugs Putins für den Angriff auf die Krim-Brücke ist dieses Foto gerade leider sehr aktuell. In dieser Nacht ertönen die Sirenen um 2 Uhr Früh. Oleksij Kolomijez, Biathlet, ehemaliger sowjetrussischer Olympiateilnehmer und Träger der Olympischen Fackel 1980 in Moskau, weckt seine Familie. Sie laufen in den Luftschutzraum, den Oleksij im Keller seines Hauses eingerichtet hat. Es gibt hier Teppiche, Bett- und Woldecken, Schlafsäcke und einen Lebensmittelvorrat. Hier versteckt Oleksij auch Waffen unter einer Matratze. Seine Frau Ljudmyla und ihr Enkelsohn schlafen aneinandergeschmiegt auf dem Sofa. Oleksij hält auf dem Boden Wache. Eine Stunde später folgt Entwarnung. Am nächsten Morgen heulen die Sirenen erneut, so dass die Familie – wie so oft in den letzten Tagen – im Schutzkeller frühstückt. Seit dem 24. Februar gehören Luftschutzräume zum Alltag der Ukrainerinnen und Ukrainer. Viele U-Bahn-Stationen sowie die Kellergeschosse von Krankenhäusern, Theatern und Schulen wurden in Schutzräume umgewandelt. Manche Ukrainer, wie Oleksij, richten Luftschutzkeller in ihren Häusern ein.

Jowita Kiwnik Pargana, polnische Journalistin, Brüssel-Korrespondentin für die Deutsche Welle und Autorin zahlreicher Berichte aus der besetzten Ukraine

EINE FRAGE AN ...



Eine Frage an ...

In der Rubrik „Eine Frage an...“ werden EWSA-Mitglieder gebeten, zu erläutern, warum die vorgeschlagene Stellungnahme aus Sicht der organisierten Zivilgesellschaft wichtig für die europäische Gesetzgebung ist. Diesmal haben wir Tomasz Wróblewski befragt, den Berichterstatter für die Stellungnahme zu strategischen Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP-Klagen).

EWSA: Sie sind Berichterstatter für die Stellungnahme „Initiative gegen Klagemissbrauch, der sich gegen Journalisten und Rechteverteidiger richtet“ (SOC/734). Die nicht sehr bekannte Abkürzung SLAPP (Strategic Lawsuits against Public Participation) bezeichnet eine strategische Klage, mit der verhindert werden soll, dass sich die Öffentlichkeit an einer demokratischen Debatte beteiligt. SLAPP-Klagen beeinträchtigen das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie insbesondere die Arbeit von Investigativjournalisten, da sie einschüchternd wirken und zur Schikanierung über die Justiz genutzt werden. Um dem entgegenzuwirken, schlägt die Europäische Kommission eine EU-Richtlinie über strategische Klagen gegen die Beteiligung der Öffentlichkeit vor. Wie bewertet der EWSA diesen Vorschlag und was gewährleistet seine Wirksamkeit?



Tomasz Wróblewski: Was ist eine strategische Klage gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP-Klage) und wie kann man sich dagegen wehren?

Die Meinungsfreiheit und das Recht, öffentliche Debatten zu führen, bilden das Fundament moderner Demokratien. Die Möglichkeit, Informationen bereitzustellen, Meinungen zu äußern und Standpunkte zu vertreten, ist für die Entfaltung einer aufgeklärten Zivilgesellschaft von entscheidender Bedeutung. Diese Grundwerte sind die Ausgangsbasis für Maßnahmen gegen strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung (SLAPP-Klagen).

Die missbräuchliche Nutzung von Rechts- und Justizorganen zur Schikanierung und Einschüchterung von Journalisten, Sozialaktivisten, Menschenrechtsverteidigern, Hinweisgebern oder gewöhnlichen Bürgerinnen und Bürgern, die sich in öffentlichen Angelegenheiten engagieren, hat in den letzten Jahren zugenommen. Der EWSA begrüßt daher die Initiative der Kommission, mit der geeignete Instrumente bereitgestellt werden sollen, um sich gegen eine solche Instrumentalisierung der Justiz, die den Informationsfluss und die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung einschränkt, zur Wehr zu setzen.

Die von der Kommission vorgeschlagenen Mechanismen sind zwar durchaus geeignet, aber im Hinblick auf eine umfassende Lösung des Problems sollte in Erwägung gezogen werden, ihre Zahl auszuweiten. Angesichts des grenzübergreifenden Charakters der geplanten Richtlinie müssen die einzelnen Länder konzertiert eine Überprüfung der bestehenden Rechtsmittel vornehmen und nationale Lösungen umsetzen, die auch auf dieser Ebene einen angemessenen Schutz vor SLAPP-Klagen bieten.

Dabei darf das äußerst wichtige Thema entsprechender Sensibilisierungsmaßnahmen nicht außer Acht gelassen werden. Es gilt, sowohl die Angehörigen der Rechtsberufe als auch all jene, die sich an der öffentliche Debatte beteiligen, dafür zu sensibilisieren, welche Bedrohung von SLAPP-Klagen ausgeht und wie man sich auf der Grundlage der Bestimmungen der EU-Richtlinie und der nationalen Rechtsvorschriften dagegen wehren kann.

Tomasz Wróblewski, EWSA-Mitglied

UNSER ÜBERRASCHUNGSGAST



Überraschungsgast

Jeden Monat stellen wir in der Rubrik „Unser Überraschungsgast“ Meinungen und Kommentare von Persönlichkeiten vor, deren bemerkenswerte Haltung, Arbeit und Engagement es verdienen, der Öffentlichkeit präsentiert zu werden. In dieser Ausgabe finden Sie einen Artikel von Jowita Kiwnik Pargana, einer

polnischen Journalistin und EU-Korrespondentin.

Jowita Kiwnik Pargana ist eine polnische Journalistin und war als solche für die Gazeta Wyborcza und die polnische Presseagentur PAP tätig. Sie ist Absolventin der polnischen Reportageschule (Polska Szkoła Reportażu) und seit mehreren Jahren akkreditierte Korrespondentin bei der Europäischen Union. Sie arbeitet für die polnische Redaktion der Deutschen Welle in Brüssel. Die Autorin zahlreicher Artikel aus den Bereichen Soziales, Kultur und internationale Angelegenheiten reist seit Februar 2022 regelmäßig in die Ukraine, um das Kriegsgeschehen zu dokumentieren und über das Leben der Ukrainerinnen und Ukrainer zu berichten.



Jowita Kiwnik Pargana: Meine ukrainischen Helden

Alles begann an der Grenze. Kurz nach Ausbruch des Krieges bin ich an die Grenze gefahren, damals noch nicht, um zu arbeiten, sondern um humanitäre Hilfe zu leisten. Menschenmassen überquerten sie, vor allem Frauen und Kinder, deren bisherigen

Pläne allesamt von heute auf morgen über den Haufen geworfen wurden.

Ich begegnete Frauen, die ihr gesamtes Hab und Gut in einem Rucksack verstaut hatten und mit ihren Kindern im Kinderwagen zig Kilometer zur Grenze gelaufen sind. Ihre Männer und Söhne mussten sie zurückgelassen. Sie wussten nicht, wo sie in dieser Nacht schlafen würden, wer sie aufnehmen würde.

Kurze Zeit später bin ich als Journalistin in die Ukraine gefahren, um zu zeigen, wie der Krieg den Alltag der Menschen verändert.

Ich sprach mit Inna aus Mariupol, die drei Wochen lang im Keller verbracht hatte. Sie hatte ihre Nachbarn tot auf der Straße liegen sehen, konnte sie aber nicht beerdigen, weil die Stadt ständig unter Beschuss stand.

Petro, ebenfalls aus Mariupol, erzählte mir, wie er in den Rohren von Gusseisenheizkörpern nach Trinkwasser suchte.

Und die 82-jährige Halina, die im Krieg allein zurückgeblieben war, erzählte: „Ich sah da eine alte Frau, bin zu ihr gegangen. Sie weinte. Ich sagte, weine nicht, ich gehe mit dir, wo immer du hingehst. Ich lasse dich nicht allein“.

Ukrainische Kinder sprachen mit mir darüber, was der Krieg für sie bedeutet. Die fünfjährige Alissa wusste, dass sich Menschen im Krieg gegenseitig töten. Der zwölfjährige Schenja meinte überzeugt, Putin sei doch überhaupt kein Präsident, sondern ein Diktator.

Ich hörte die Geschichte eines Mädchens, das direkt nach der Geburt von seiner Leihmutter verlassen, von seinen biologischen Eltern aber nie abgeholt wurde.

Die Liste der Helden meiner Reportagen ist lang. Hinter jedem Namen steht eine andere, vom Krieg gezeichnete Geschichte. Es ist nicht leicht, zuzuhören. Aber Journalisten müssen in solchen Momenten starke Nerven bewahren.

Es ist nicht die Zeit, unseren Emotionen freien Lauf zu lassen. Wir sind nicht dazu da, um mit diesen Helden mitzuweinen, sondern, um ihre Geschichten zu hören. Die Zeit für Tränen kommt später, nach der Arbeit, zu Hause.

Die Ukrainer erzählen gerne. Sie wollen über die Grausamkeiten der Russen reden, sie wollen gegen die russische Desinformation angehen, der zufolge die Ukrainer Scheinangriffe durchführen und sich gegenseitig umbringen.

Als Journalisten ist es unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Welt erfährt, was in der Ukraine wirklich vor sich geht.

EWSA



EWSA begrüßt vorrangige Berücksichtigung von KMU bei künftigen EU-Maßnahmen

In einer Debatte des EWSA über die Herausforderungen und Zukunftsperspektiven für KMU in der EU begrüßten die Teilnehmer die in der Rede zur Lage der Union angekündigten Maßnahmen. Ferner wurde der Vorschlag des EWSA erörtert,

Unternehmensübertragungen zu erleichtern, deren Häufung Anlass zur Sorge gibt.

Im Rahmen der EWSA-Plenartagung am 22. September fand eine Debatte zum Thema „**KMU in Europa - Herausforderungen und Zukunftsperspektiven**“ statt. Zu den Teilnehmern gehörten der belgische Minister für KMU, **David Clarinval**, die Verbandssekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbunds, **Isabelle Schömann**, und die Generalsekretärin von SMEunited, **Véronique Willems**. Vorgestellt wurde unter anderem ein Bericht des EWSA über Unternehmensübertragungen in der EU.

David Clarinval stellte die aktuelle Lage belgischer KMU als ambivalent dar. Als begünstigende Faktoren seien dabei die Digitalisierung, Innovationen und der Zugang von Finanzmitteln zu nennen, wohingegen der Fachkräftemangel, die automatische Lohnindexierung und Zahlungsverzüge Herausforderungen darstellen. „Der Binnenmarkt ist für diese Unternehmen von grundlegender Bedeutung. Er funktioniert allerdings nicht immer perfekt, und selbst jetzt werden die Maßnahmen zur Bewältigung der aktuellen Energiekrise immer noch weitgehend auf nationaler Ebene beschlossen.“ Anschließend stellte er die von den belgischen Behörden getroffenen Maßnahmen zur Unterstützung der von der Energiekrise betroffenen Unternehmen vor, wobei besonderes Augenmerk auf Regelungen für flexible Zahlungen liege.

Isabelle Schömann räumte ein, dass es sicherlich gut sei, KMU in diesen schwierigen Zeiten zu unterstützen und hierfür die Beihilfe- und Wettbewerbsvorschriften zu überarbeiten. Ferner sei es zwar richtig, in Bildung, Weiterqualifizierung und Umschulung zu investieren, um Unternehmen bei der Bewältigung des ökologischen und digitalen Wandels zu unterstützen, doch dürften Unternehmen, einschließlich KMU, die soziale Dimension dieses zweifachen Wandels nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Kompetenzen betrachten. Selbst vor dem Hintergrund der jüngsten Krisen sei es „nicht hinnehmbar, dass Unternehmen, egal ob groß oder klein, bedingungslos Zugang zu öffentlichen Geldern haben. Hier müssen soziale Auflagen gelten, damit hochwertige Beschäftigungsmöglichkeiten erhalten bleiben. Dies schließt auch wirksame demokratische Praktiken am Arbeitsplatz wie die Unterrichtung und Anhörung von Arbeitnehmern ein. Es nicht allein Aufgabe der Unternehmen, frühzeitig auf Veränderungen zu reagieren. Wenn die beschlossenen Maßnahmen von allen mitgetragen werden sollen, müssen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hier gemeinsam vorgehen.“

Véronique Willems begrüßte die in der Rede der Kommissionspräsidentin zur Lage der Nation angekündigten Maßnahmen, insbesondere die Einnahmenobergrenzen für Stromerzeuger und das Entlastungspaket für hilfsbedürftige KMU. In diesem Zusammenhang hob sie die Zahlungsverzugsrichtlinie hervor, da es „einfach nicht richtig [sei], dass jede vierte Insolvenz auf nicht rechtzeitig gezahlte Rechnungen zurückzuführen ist. Die Kommission hat in dieser Mandatsperiode zahlreiche Initiativen auf den Weg gebracht, die sich auf KMU auswirken werden.“ Willems legte den Standpunkt ihrer Organisation dar, dass der [KMU-Test](#) wirksamer gestaltet und der Regelungsaufwand verringert werden müsse, und betonte: „Von einem zielführenden Rechtsrahmen kann noch nicht die Rede sein. Der ‚One-in-one-out‘-Grundsatz greift zu kurz. Vielmehr müssen wir nach einem ‚One-in-more-out‘-Prinzip handeln.“ (dm)



EWSA fordert, alle künftigen Rechtsvorschriften einem EU-Jugendtest zu unterziehen

Auf seiner September-Plenartagung verabschiedete der EWSA eine Initiativstellungnahme zum [EU-Jugendtest](#). Junge Menschen fordern bereits seit Jahren, in die Beschlussfassung eingebunden zu werden. Mit seiner Stellungnahme unterstützt der EWSA nun als erste EU-Institution ihre Forderung nach einem Mechanismus zur Bewertung der Auswirkungen künftiger Rechtsvorschriften auf die Jugend.

Nach Auffassung des Ausschusses müssen junge Menschen an der Politikgestaltung beteiligt werden, damit eine dauerhafte Wirkung und ein Vermächtnis über das Europäische Jahr der Jugend hinaus sichergestellt werden können.

„Die jungen Menschen wollen einen EU-Jugendtest“, erklärt die Berichterstatterin des EWSA für die einschlägige Stellungnahme, **Katrina Leitanė**. „Ein solcher Test wird für eine bessere Rechtsetzung und optimierte Strategien gebraucht. Konkret handelt es sich hierbei um ein Instrument zur Folgenabschätzung, mit dem sichergestellt werden soll, dass politische Maßnahmen keine negativen Auswirkungen auf die Jugend und auf künftige Generationen haben. Erreicht werden soll dies durch eine sinnvolle Einbindung junger Menschen und die Anregung von Abhilfemaßnahmen.“

Der EWSA verweist darauf, dass in der Mitteilung der Europäischen Kommission über die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas auf den EU-Jugendtest Bezug genommen wird. Allerdings wird der Kommissionsvorschlag den Zielen des ursprünglichen Vorschlags nicht gerecht und die sinnvolle Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen und Fachleuten werden nicht thematisiert. Auch ist in dem Vorschlag keine systematische Berücksichtigung der Jugend in allen Politikbereichen vorgesehen, wodurch mögliche langfristige Folgen für künftige Generationen eventuell außer Acht bleiben.

Ferner ruft der EWSA zu einer engeren Zusammenarbeit der Organe und Institutionen auf, um bestehende erfolgreiche Initiativen wie den EU-Jugenddialog, „Your Europe, Your Say!“ und das Europäische Jugendevent aufeinander abzustimmen. Außerdem legt er einige Vorschläge für eine stärkere Einbindung junger Menschen in seine Arbeit vor und wird Möglichkeiten prüfen, wie der EU-Jugendtest in die Arbeit des EWSA integriert werden kann. (gb)



Klimaanpassungsfonds für rasche Krisenreaktion

In einer Initiativstellungnahme schlägt der EWSA die Einrichtung eines Klimaanpassungsfonds zur raschen Bewältigung künftiger Klima- und Energiekrisen vor. Der Fonds soll die bestehenden EU-Strategien ergänzen und eine effizientere Nutzung der vorhandenen Mittel sicherstellen.

Seit 2002 werden die Mitgliedstaaten über den Solidaritätsfonds der Europäischen Union umfassend unterstützt. Die Mittelausstattung dieses Fonds in Höhe von 500 Mio. EUR pro Jahr reicht jedoch nicht aus, um die Kosten der 2021 durch Naturkatastrophen entstandenen Schäden zu decken. Schätzungen zufolge verursachten allein die Überschwemmungen in Westeuropa Schäden in Höhe von 38 Mrd. EUR.

„Wir sehen den Klimaanpassungsfonds als einen starken Finanzierungsmechanismus, mit dessen Hilfe bestehende EU-Mittel dazu genutzt werden, rasch auf Notlagen zu reagieren und zum Wiederaufbau zerstörter Gebiete beizutragen“, so Berichterstatter **Ioannis Verdakastanis**. „Es ist ein sehr ehrgeiziges Unterfangen, Gebiete wiederaufzubauen und zu schützen, die von schweren Klima-, Energie- und Umweltkrisen betroffen sind.“

Außerdem war die derzeitige Energiekrise noch nicht abzusehen, als der Mehrjährige Finanzrahmen 2021–2027 und die Mittelausstattung für den Aufbauplan NextGenerationEU festgelegt wurden. Der Klimaanpassungsfonds würde dem dringenden Bedarf an Investitionen in alternative Energiequellen wirksamer Rechnung tragen als bestehende Mechanismen. Dies ist gerade jetzt besonders wichtig, da viele Menschen nicht in der Lage sind, ihre Gas- und Stromrechnungen zu bezahlen.

„Wir sind nicht ausreichend gerüstet, um Notlagen und Katastrophen aufgrund des Klimawandels und der Energiekrise bewältigen zu können. Uns stehen weder genug Mittel zur Verfügung, noch sind wir in der Lage, schnell genug zu reagieren“, erklärt **Judith Vorbach**, Ko-Berichterstatterin für die Stellungnahme. „Die Einrichtung eines Klimaanpassungsfonds wäre ein wichtiges Instrument, um dieses Problem zu lösen.“ (tk)



Die EU muss die soziale Nachhaltigkeit stärker ins Blickfeld rücken

In einer Initiativstellungnahme ruft der EWSA die Kommission dazu auf, die Bestimmungen zu beschreiben, die erforderlich sind, um die EU-Nachhaltigkeitstaxonomie auf soziale Ziele auszuweiten. Die Kommission ist durch die Taxonomie-

Verordnung verpflichtet, einen entsprechenden Bericht zu veröffentlichen. Dieser liegt bislang jedoch noch nicht vor.

„Der EWSA fordert eine ganzheitliche EU-Taxonomie, die sowohl die ökologische als auch die soziale Nachhaltigkeit umfasst. Eine soziale Taxonomie würde dazu beitragen, Investitionen für soziale Ziele zu mobilisieren“, so Berichterstatterin **Judith Vorbach**. „Sie sollte einen Goldstandard darstellen, dessen Ansprüche über die bestehenden Rechtsvorschriften hinausgehen.“

Die EU-Taxonomie ist ein Klassifizierungssystem, auf dessen Grundlage eine Liste ökologisch nachhaltiger Wirtschaftstätigkeiten erstellt wird. Ziel ist es, nachhaltige Investitionen zur Unterstützung des europäischen Grünen Deals zu fördern.

Nach Ansicht des EWSA würde eine soziale Taxonomie genaue Informationen über den sozialen Fußabdruck von Unternehmen liefern und könnte so dazu beitragen, gegen Firmen vorzugehen, die mit falschen

Behauptungen sozial verantwortliche Investoren anlocken wollen. Eine geschickt konzipierte soziale Taxonomie kann maßgeblich dazu beitragen, Social Washing (analog zum Green Washing), also soziale Schönfärberei, zu verhindern.

Studiengruppenmitglied **Kęstutis Kupšys** zufolge sucht die Finanzbranche den Dialog über die soziale Taxonomie: „Die Nachfrage nach nachhaltigen Finanzprodukten, auch nach sozialer Nachhaltigkeit, ist durchaus da“, erklärte er. „Solange wir aber keine klare Definition dessen haben, was als ‚sozial‘ gilt, wird dieser Aspekt nachhaltiger Investitionen unter den Tisch fallen.“ (tk)



Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit: Auf Empfehlungen müssen jetzt Taten folgen!

Am 26. September veranstaltete der EWSA eine Konferenz zum jüngsten Bericht der Europäischen Kommission über die Rechtsstaatlichkeit, um zu erörtern, wie die Empfehlungen des Berichts spürbare Verbesserungen in den Mitgliedstaaten bewirken können.

Der [Bericht der Europäischen Kommission über die Rechtsstaatlichkeit](#) enthält zum allerersten Mal auch länderspezifische Empfehlungen in den Bereichen Justiz, Korruption, Medien und Gewaltenteilung. In der EU wurden nicht überall gleich große Fortschritte erzielt, und in Bezug auf einige Mitgliedstaaten bestehen nach wie vor ernsthafte Bedenken.

„Die EU sollte stets mit all ihren Instrumenten, auch mit der Konditionalität für den Haushalt, unverzüglich gegen jeden neuen Angriff auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Menschenrechte vorgehen, wo auch immer er erfolgt“, so EWSA-Präsidentin Christa Schweng bei der Eröffnung der Konferenz.

Der für Justiz zuständige EU-Kommissar **Didier Reynders** erklärte: „Dieses Jahr hat erneut gezeigt, dass die Verankerung einer starken Kultur der Rechtsstaatlichkeit in der EU von grundlegender Bedeutung ist. Während wir die Ukraine mit vereinten Kräften bei der Verteidigung ihrer Souveränität und Integrität unterstützen, können wir nur dann glaubwürdig bleiben, wenn wir zugleich auch die Rechtsstaatlichkeit innerhalb der Europäischen Union schützen.“

Die Konferenz bot zudem Gelegenheit, den [zweiten Synthesebericht der Gruppe Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit \(GGR\) des EWSA](#) vorzustellen, der einen Überblick über ihre 2020 und 2021 erfolgten Länderbesuche in Dänemark, Deutschland, Irland, der Tschechischen Republik, Spanien, Zypern und Litauen bietet. Der Vorsitzende der GGR, **Cristian Pîrvulescu**, betonte: „Die demokratischen Systeme der besuchten Länder haben sich in der Regel als recht widerstandsfähig erwiesen, jedoch ist offensichtlicher denn je, dass Schutzmaßnahmen und eine wirksame Gewaltenteilung, darunter auch die Kontrollfunktion der Zivilgesellschaft, unerlässlich sind.“

In ihren abschließenden Bemerkungen betonte die Ständige Vertreterin der Tschechischen Republik bei der EU, **Edita Hrdá**, die Bedeutung der Zivilgesellschaft: „Die Zivilgesellschaft kann die Menschenrechte mit

Leben zu füllen. Die Förderung der Rechtsstaatlichkeit ist eine dauerhafte Aufgabe, die nicht nur unsere Zusammenarbeit, sondern auch unsere beständige Wachsamkeit erfordert.“ (gb)



EU-Bio-Auszeichnungen 2022: Bestes Bio-KMU, bester Bio-Einzelhändler und bestes Bio-Restaurant kommen aus Deutschland, Belgien und Schweden

Am 23. September hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss die Preisträger in den einzelnen Kategorien der EU-Bio-Auszeichnungen bekannt gegeben, die gemeinsam mit der Europäischen Kommission und weiteren Partnern in diesem Jahr zum allerersten Mal ausgelobt wurden, um Spitzenleistungen entlang der europäischen Bio-Wertschöpfungskette zu würdigen.

Die Preisträger waren:

- Bestes Bio-KMU: [Goodvenience.bio GmbH](#) – Magdala, Thüringen, Deutschland
- Bester Bio-Einzelhändler: [La ferme à l'arbre de Liège](#) – Lantin, Lüttich, Belgien
- Bestes Bio-Restaurant: [Lilla Bjers HB](#) – Visby, Gotland, Schweden

Die Gewinner in den einzelnen Kategorien wurden am EU-Bio-Tag im Rahmen einer feierlichen Preisverleihung in der Europäischen Kommission bekannt gegeben, die von EU-Landwirtschaftskommissar **Janusz Wojciechowski** ausgerichtet wurde.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** erklärte: „Der EWSA setzt sich seit Jahren für eine nachhaltigere und ganzheitlichere Ernährungspolitik in der EU ein. Wir sind deshalb sehr stolz darauf, zu den Ausrichtern dieses Preises zu gehören. Auf diese Weise tragen wir dazu bei, für das Potenzial der Biobranche bei der Verwirklichung nachhaltigerer Lebensmittelsysteme zu sensibilisieren.“

„Die heutigen Preisträger haben gezeigt, wie sie im Alltag arbeiten, um die Umstellung auf ein nachhaltigeres und gerechteres Lebensmittelsystem Wirklichkeit werden zu lassen“, erklärte **Peter Schmidt**, Vorsitzender der Fachgruppe Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt (NAT) des EWSA.

Mit der Auslobung der EU-Bio-Auszeichnungen kommt die Europäische Kommission ihrer im [Aktionsplan für die Entwicklung der ökologischen/biologischen Produktion](#) eingegangenen Verpflichtung nach, herausragende Leistungen entlang der Bio-Lebensmittelkette – vom Landwirt bis zum Restaurant – zu würdigen. (ks)



Technologien zur CO-Entfernung in der Industrie entscheidend für die Verwirklichung der Ziele des Grünen Deals

Auf seiner September-Plenartagung verabschiedete der EWSA die Initiativstellungnahme „Dekarbonisierung der europäischen Industrie durch Technologien zur CO₂-Entfernung“.

Mit der Verabschiedung des europäischen Klimagesetzes wurde ein ehrgeiziges Emissionsreduktionsziel für 2030 vorgegeben und das Ziel der Klimaneutralität bis 2050 bekräftigt. Um diese Ziele zu erreichen, müssten Technologien zur CO₂-Entfernung (CDR) eingesetzt werden. Je schleppender und inkonsequenter die Treibhausgasemissionen verringert werden, desto stärker kommt es auf CDR-Technologien für die Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens von Paris an.

„Die Dekarbonisierung wird in den vor uns liegenden 30 Jahren einen tiefgreifenden Wandel der industriellen Abläufe erfordern“, erläutert **Andrés Barceló Delgado**, Berichterstatter für die Stellungnahme. „Obwohl es bereits viele CO₂-arme Technologien gibt, sind ihre Fortschritte nach wie vor unbefriedigend. Wir brauchen nun ehrgeizige Technologiefahrpläne, um diese bahnbrechenden Technologien auszubauen und in großem Umfang einzusetzen, und die EU muss die Innovation durch die Klima- und Innovationsfonds fördern.“

Je nachdem, wann CDR-Technologien zum Einsatz kommen, können sie zwei unterschiedlichen Zwecken dienen: 1) Entweder kann die Erreichung von Klimaneutralität durch den Ausgleich von Emissionen aus Sektoren, in denen der Ausstoß schwerer zu senken ist, beschleunigt und so die Wahrscheinlichkeit erhöht werden, dass die Temperaturschwellen nicht überschritten werden, oder sie können 2) dazu beitragen, die Erderwärmung nach einer Überschreitung der Temperaturziele wieder unter die Schwellen zu senken.

„Die Entwicklung von Technologien sowie die Ausbildung und Umschulung der Arbeitskräfte sind für den grünen Wandel in der verarbeitenden Industrie unverzichtbar. Durch den sozialen Dialog auf europäischer, einzelstaatlicher und regionaler Ebene sollten das Bewusstsein, die Akzeptanz und die Unterstützung für eine grüne und gerechte Umstellung der Industrie gefördert werden. Für einen effektiven industriellen Wandel, bei dem niemand zurückgelassen wird, sind Kompetenzaufbau und Projekte zur Auslotung von Schlüsselkompetenzen wesentlich“, ergänzt Mitberichterstatterin **Monika Sitárová**. (ks)



Energie – EWSA warnt vor neuen Abhängigkeiten

In einer kürzlich verabschiedeten Stellungnahme unterstützt der EWSA den REPowerEU-Plan der Europäischen Kommission, mit dem die EU von russischem Gas und Öl unabhängig gemacht werden soll, weist jedoch darauf hin, dass viele der Probleme, die jetzt dringend gelöst werden müssen, vermeidbar oder besser einzudämmen gewesen wären,

wenn bereits beizeiten Maßnahmen ergriffen worden wären, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu verringern und den Energiebinnenmarkt zu vollenden, wie der EWSA seit Jahren fordert.

In der auf der September-Plenartagung verabschiedeten Stellungnahme, die von **Stefan Back**, **Thomas Kattinig** und **Lutz Ribbe** erarbeitet wurde, betont der EWSA, dass das Zusammenspiel der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der derzeitigen Krise das demokratische System in Mitleidenschaft ziehen wird, wenn keine geeigneten Lösungen gefunden werden. Es müssen Sofortmaßnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit zu möglichst erschwinglichen Kosten sowohl für die Verbraucher als auch für die Industrie ergriffen werden, die von den derzeitigen dramatischen Preiserhöhungen besonders hart getroffen werden. Andernfalls drohen soziale Unruhen.

Der EWSA sieht den REPowerEU-Plan als Schritt in die richtige Richtung, gibt allerdings auch zu bedenken, dass diese Sofortmaßnahmen nicht zu neuen Abhängigkeiten führen und die Anstrengungen zur möglichst raschen Herstellung von Klimaneutralität nicht behindern dürfen.

Die Kommission sollte eine geopolitische Strategie für Energieimporte entwickeln und dabei den Energie- und Klimanotstand berücksichtigen, bevor sie Energiepartnerschaften mit nichtdemokratischen oder politisch instabilen Ländern abschließt.

Nach Auffassung des EWSA erfordert die dringend notwendige Sicherstellung der Versorgung Flexibilität bei der vorübergehenden Nutzung fossiler und CO₂-armer Brennstoffe. (mp)



Zur Bekämpfung des Klimawandels werden mehr öffentliche Investitionen in die Energieinfrastruktur in der EU gebraucht

Die EU muss die Klimakrise über einen dreifachen Ansatz angehen: Mobilisierung von Finanzmitteln, Einbeziehung der Bürger und des Privatsektors und eine starke politische Führung. Das fordert der EWSA in einer auf seiner Plenartagung im September verabschiedeten Initiativstellungnahme.

In der [Stellungnahme](#), die von **Thomas Kattinig** und **Lutz Ribbe** erarbeitet wurde, wird ausgeführt, dass die EU stärker in intelligente und erneuerbare Energiesysteme sowie in Speicherinfrastruktur investieren muss, um die steigende Nachfrage nach Strom zu decken und die Klimaziele zu erreichen, und dass alle ihren Beitrag leisten müssen.

Dem Strom-Branchenverband Eurelectric zufolge braucht die EU eine Verdoppelung der Investitionen in das Stromnetz auf 55 Mrd. Euro jährlich und eine Erhöhung der Gelder für die Errichtung von sauberen Erzeugungskapazitäten auf 75 Mrd. Euro pro Jahr.

„Wir brauchen massive öffentliche Investitionen, um die Energiewende und die Klimaziele zu verwirklichen. Dies ist von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung von Versorgungssicherheit, die Bekämpfung

von Energiearmut, leistbare Preise und die Schaffung von Arbeitsplätzen“, erklärte **Herr Kattnig**.

Im Hinblick auf die künftige Gestaltung von Energiesystemen und -infrastrukturen begrüßt der EWSA die Absicht der Kommission, das Strommarktdesign zu verbessern, und spricht sich nachdrücklich für Marktbewertungen aus, mit denen das Verhalten aller potenziellen Akteure analysiert wird. „Für die Gestaltung eines gut funktionierenden Energiemarkts sollte die Kommission unbedingt die Vor- und Nachteile von öffentlichem und privatem Eigentum und/oder privater Finanzierung von Energieinfrastruktur prüfen“, erklärte **Herr Ribbe**.

Zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen empfiehlt der EWSA die Abschöpfung von Marktlagengewinnen von Energieunternehmen und die Anwendung einer „goldenen Regel“ bei allen Vorhaben im Zusammenhang mit Energieunabhängigkeit. (mp)



Bezahlbare und gute Gesundheitsversorgung – ein Markenzeichen des europäischen Gesellschaftsmodells

Der EWSA forderte in einer Debatte mit Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas auf seiner September-Plenartagung die Europäische Kommission auf, die neue europäische Pflegestrategie kraftvoll umsetzen. Besonders am Herzen liegt dem EWSA das Gesundheitspersonal und seine Kompetenzen, Ausbildung und Arbeitsbedingungen, und er hebt den Aufbau von Vertrauen als Voraussetzung für den Erfolg des europäischen Raums für Gesundheitsdaten hervor.

Auf seiner Plenartagung am 22. September debattierte der EWSA mit **Margaritis Schinas**, für die Förderung unserer europäischen Lebensweise zuständiger Vizepräsident der Europäischen Kommission, über die gesundheitspolitischen Initiativen der EU.

EWSA-Präsidentin **Christa Schweng** zufolge „unterstützt der EWSA alle EU-Initiativen zur Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und Vorbereitung auf künftige Bedrohungen.“

„Wir wollen zeigen, dass Gesundheit weit mehr ist als nur ein Politikbereich: Sie hat mit unserem Selbstverständnis zu tun und ist untrennbar mit dem Modell der offenen Gesellschaft und unserer europäischen Lebensart verbunden,“ unterstreicht **Margaritis Schinas**.

Der EWSA, der als erste EU-Institution die Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion forderte, hat nun Stellungnahmen zu zwei der jüngsten Initiativen der Kommission im Gesundheitsbereich verabschiedet, die alle Menschen in Europa in den Genuss einer erschwinglichen und guten Gesundheitsversorgung bringen sollen.

In seiner Stellungnahme zu dem vorgeschlagenen europäischen Raum für Gesundheitsdaten (*European Health Data Space* – EHDS) begrüßte der EWSA den EHDS als ausgezeichnete Gelegenheit, die Bürger zu befähigen, auf ihre personenbezogenen Gesundheitsdaten zuzugreifen und die Kontrolle über sie zu gewinnen. Er bekundete seine Unterstützung für eine groß angelegte öffentliche Kommunikationskampagne, um den Menschen die Vorteile des Datenaustauschs zu vermitteln und Vertrauen in das System aufzubauen.

„Auf das Vertrauen kommt es an. Die Bürger müssen ein gutes Gefühl dabei haben, wenn ihre Daten genutzt werden, um öffentliche Dienstleistungen zu verbessern, Krankheiten zu bekämpfen und wenn Forscher sie zur Entwicklung innovativer Lösungen heranziehen“, so der Berichterstatter für die Stellungnahme, **Gonçalo Lobo Xavier**.

Der EWSA verabschiedete ferner eine Stellungnahme zur Strategie für das Gesundheitswesen und seine Arbeitskräfte. Darin fordert er eine ehrgeizige Strategie für eine auf den Menschen ausgerichtete Pflege, die zu einer besseren Gesundheitsversorgung und Langzeitpflege in der gesamten EU beiträgt. Es gilt, gleiche Qualitätsstandards in allen Mitgliedstaaten und Regionen sicherzustellen. Der EWSA hat eine europäische Pflege- und Betreuungsgarantie vorgeschlagen, die allen in der EU lebenden Menschen ein bezahlbares und hochwertiges Pflege- und Betreuungsangebot bietet.

„Das Pflegesystem ist ein Lackmustest für unsere europäische Lebensweise, die sozial gerecht und inklusiv sein muss“, erklärte die Berichterstatterin für die Stellungnahme, **Zoe Tzotze-Lanara**.

Danko Relić, Ko-Berichterstatter für die Stellungnahme, betonte die Notwendigkeit ausgebildeter, qualifizierter und motivierter Arbeitskräfte im Gesundheitswesen. „Die Beschäftigten im Gesundheitswesen brauchen gute Arbeitsbedingungen. Sie benötigen eine angemessene Bezahlung, geregelte Arbeitszeiten, eine gute Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und eine Garantie ihrer Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz“, betonte **Danko Relić**. (II)



[Bekämpfung der Energiearmut muss auf der politischen Agenda der EU-Länder nach ganz oben](#)

Im Hinblick auf die voraussichtlich steigende Zahl der Haushalte in der EU, die nicht in der Lage sind, ihre Wohnungen zu beheizen, und angesichts der innerhalb eines Jahres um über 40 % gestiegenen Energiepreise fordert der EWSA die EU und die

Mitgliedstaaten in einer kürzlich verabschiedeten Stellungnahme nachdrücklich auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um Energiearmut vorzubeugen und sie zu bekämpfen.

Der EWSA ruft die Europäische Union und die Mitgliedstaaten dringend auf, die Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zu Energie und einer sicheren Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen zu ihrer obersten Priorität zu machen.

In seiner auf der Plenartagung im September verabschiedeten Stellungnahme [„Bekämpfung der Energiearmut und Resilienz der EU“](#) erkennt der EWSA an, dass die Kommission dem Thema Energie in ihren

jüngsten Initiativen große Bedeutung beimisst, so etwa im Paket „Fit für 55“, bei der Umsetzung des europäischen Grünen Deals und im Rahmen der Renovierungswelle. Er gibt jedoch zu bedenken, dass diese Initiativen ohne eine rasche Umsetzung, ein starkes Engagement und konkrete Maßnahmen seitens der Mitgliedstaaten nicht ausreichen werden, um die aktuelle Krise zu meistern.

„Es sollte eine gemeinsame Herangehensweise und ein gemeinsames Verständnis von Energiearmut auf EU-Ebene geben, und sie sollte gemeinsam bekämpft werden“, so der Berichterstatter für diese Stellungnahme, **Ioannis Vardakastanis**. „Dies kann auch in eine gemeinsame Definition münden. Gleichzeitig sollten wir es jedem Mitgliedstaat überlassen, maßgeschneiderte Lösungen zu finden. Die Mitgliedstaaten müssen für eine Unterstützung der schwächsten Bevölkerungsgruppen sorgen.“

Die nationalen Maßnahmen zur Abmilderung der negativen Auswirkungen der steigenden Preis auf die Schwächsten können je nach den nationalen und lokalen Gegebenheiten eine direkte finanzielle Unterstützung und soziale Maßnahmen sowie Anreiz- und Fördermaßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs umfassen.

Damit wirklich niemand zurückgelassen wird, ruft der EWSA dazu auf, ein breites und ehrgeiziges politisches Bündnis zur Bewältigung der Energiearmut zu schließen und konkrete Maßnahmen im Rahmen einer EU-Strategie auszuarbeiten. Ziel des Bündnisses sollte es sein, die Energiearmut bis 2030 auf ein Mindestmaß zu reduzieren und auf lange Sicht komplett auszumerzen.

Neben den EU-Organen sollten dem Bündnis auch Organisationen der Zivilgesellschaft angehören, die die am stärksten von Energiearmut bedrohten Bevölkerungsgruppen repräsentieren. Auch lokale und regionale Gebietskörperschaften sollten einbezogen werden.

Ferner unterstreicht der EWSA die Bedeutung von Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz sowie in umfassende Gebäuderenovierungen. Die Mitgliedstaaten sollten in Zusammenarbeit mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften umfassenden Renovierungsmaßnahmen Vorrang einräumen, die zu Energieeinsparungen von über 60 % führen würden. Hierfür sind umfangreiche private Investitionen erforderlich. (II)



[Beschäftigungspolitische Leitlinien der Kommission für die Mitgliedstaaten: Eine angemessene Antwort auf die vordringlichsten Herausforderungen](#)

Der EWSA hat unlängst die Leitlinien der Europäischen Kommission für beschäftigungspolitische Maßnahmen der Mitgliedstaaten als angemessene Reaktion auf die dringendsten Probleme des Arbeitsmarktes begrüßt.

In einer auf seiner September-Plenartagung verabschiedeten [Stellungnahme](#) betont der EWSA, dass die zunehmende Unsicherheit der aktuellen geopolitischen Lage sich negativ auf die EU-Wirtschaft auswirken, zu hoher Inflation und Rezession führen und die Kaufkraft verringern dürfte. Dies erfordert ein entschlossenes Handeln der Mitgliedstaaten, die auf einen wirklich integrierten Binnenmarkt hinarbeiten und kleine und mittlere Unternehmen in ihrer Entwicklung unterstützen sollten.

„Angesichts des erneut steigenden Arbeitskräftemangels sollten wirksame Maßnahmen ergriffen werden, damit sich die Sozialpartner auf nationaler Ebene mit dem Qualifikationsbedarf befassen. Dafür ist ein auf die einzelnen Branchen und die lokalen Gegebenheiten zugeschnittenes Vorgehen erforderlich. Der Erwerb relevanter Fähigkeiten und Kompetenzen wird sowohl für die Beschäftigten als auch für die Unternehmen immer wichtiger“, betonte Berichterstatterin **Mariya Mincheva** vor dem Plenum.

Dem EWSA zufolge sollte die Rolle der Sozialpartner bei der Gestaltung und Umsetzung beschäftigungs-, sozial- und wirtschaftspolitischer Reformen und Strategien – u. a. durch den Aufbau ihrer Kapazitäten – gestärkt werden.

Eine große Herausforderung ist die Senkung der Nichterwerbsquote, und eine gezielte Unterstützung ist vor allem mit Blick auf Langzeitarbeitslose wichtig, heißt es in der Stellungnahme des EWSA. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Erwerbstätigenarmut und den notwendigen politischen Instrumenten wie angemessene Löhne, auch angemessene Mindestlöhne sowie gut konzipierte, befristete finanzielle Anreize, die von gezielten und wirksamen Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen flankiert werden.

Maßnahmen zur Unterstützung von Jugendlichen, Menschen mit Behinderungen und anderen schutzbedürftigen Gruppen sollten ebenfalls ausgebaut werden.

Die Europäische Kommission hat 2022 eine Reihe von Änderungen der beschäftigungspolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten vorgeschlagen. Sie tragen jüngsten Initiativen Rechnung, mit denen neue Elemente im Zusammenhang mit dem russischen Überfall auf die Ukraine hinzugefügt werden. Der EWSA begrüßte, dass die Kommission den Schwerpunkt auf das Umfeld nach der COVID-19-Pandemie legt und nachhaltiges Wachstum sicherstellen will.

Die geänderten Leitlinien konzentrieren sich auf verschiedenen Fragen wie Ankurbelung der Nachfrage nach Arbeitskräften; Verbesserung des Zugangs zu Beschäftigung sowie des lebenslangen Erwerbs von Fähigkeiten und Kompetenzen; Verbesserung der Funktionsweise der Arbeitsmärkte und der Wirksamkeit des sozialen Dialogs sowie Förderung der Chancengleichheit für alle. (II)

AKTUELLES AUS DEN GRUPPEN



Alterndes Europa braucht mehr gelungene Unternehmensübertragungen

Von Mira-Maria Kontkanen, Mitglied der Gruppe Arbeitgeber im EWSA

Erfolgreich übertragene Unternehmen schneiden in Bezug auf Fortbestand, Umsatz, Gewinn, Innovation und Beschäftigung besser ab als Neugründungen. Es gibt gute Gründe, europäische Start-up-Unternehmer zu unterstützen. In gleichem Maße müssen aber auch

Unternehmensübertragungen gefördert werden, um Erholung und Wachstum in der EU voranzubringen.

Inhaberwechsel sind ein natürliches Vorkommnis im Lebenszyklus eines Unternehmens und gewinnen mit zunehmendem Alter der europäischen Unternehmer an Relevanz. Jedes Jahr werden in Europa rund 450 000 Unternehmen mit zwei Millionen Beschäftigten übertragen. Schätzungen zufolge besteht jedoch jedes Jahr bei etwa 150 000 Unternehmensübertragungen die Gefahr eines Scheiterns, wodurch rund 600 000 Arbeitsplätze gefährdet werden.

Die Erhöhung der Anzahl erfolgreicher Unternehmensübertragungen hat unmittelbare Vorteile für die europäische Wirtschaft. Gut funktionierende Ökosysteme und Unterstützungsdienste für Unternehmensübertragungen sichern nicht nur Arbeitsplätze in Europa, sondern fördern auch den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in ländlichen Gebieten, sorgen für ein vielfältiges Angebot an Produkten und Dienstleistungen und bieten dort Existenzgrundlagen. Unternehmensübertragungen können auch den grünen und den digitalen Wandel europäischer KKMU erleichtern und ihm Schwung verleihen, denn ein Inhaberwechsel ist oftmals eine gute Gelegenheit für eine Neuausrichtung der Firma und die Einführung neuer Geschäftsmodelle.

Letztlich tragen die Unternehmer selbst die Verantwortung für die Übertragung ihrer Unternehmen, doch können die Mitgliedstaaten und die EU die Zahl gelungener Übertragungen u. a. durch folgende Maßnahmen erhöhen:

- Sensibilisierungsinitiativen, z. B. Förderveranstaltungen wie eine „Woche der Unternehmensübertragung“ und nationale Stakeholder-Foren für Unternehmensübertragung;
- Entwicklung eines EU-weiten Barometers für Unternehmensübertragungen, damit sich die nationale und die europäische Politik auf eine bessere Faktengrundlage stützen können;
- Vermittlung von Kenntnissen über Unternehmenserwerb und Unternehmensnachfolge in der unternehmerischen Ausbildung und Entwicklung von Anreizen für die Übertragung von Kleinbetrieben an Nachwuchsunternehmer;
- Erleichterung der grenzübergreifenden Übertragung von KKMU, zum Beispiel durch die Vernetzung von Unternehmensübertragungsbörsen in der EU.

In Europa sollte der Erwerb einer bestehenden Firma eine ebenso attraktive und anerkannte Möglichkeit sein wie eine Firmengründung. Das kann nur gelingen, wenn die EU und die Mitgliedstaaten die Förderung der Unternehmensübertragung in den Mittelpunkt ihrer Politik für Erholung, Wachstum und Unternehmertum rücken.

Der vollständige Artikel ist in der [September-Ausgabe des Newsletters der Gruppe Arbeitgeber](#) erschienen. Die Stellungnahme des EWSA „Unternehmensübertragungen als treibende Kraft einer nachhaltigen Erholung und eines nachhaltigen Wachstums von KMU“, für die Mira-Maria Kontkanen Berichterstatteerin war, ist [hier](#) abzurufen.



Menschenwürdige Arbeit weltweit: Zwangsarbeit bekämpfen und die Arbeitsbedingungen in den europäischen Lieferketten verbessern!

von der Gruppe Arbeitnehmer

Wir begrüßen die Fortschritte der Kommission bei der Förderung menschenwürdiger Arbeit sehr, geben aber zu bedenken, dass Lücken in den aktuellen Vorschlägen zu einer suboptimalen Umsetzung führen könnten.

Auch wenn es vielen Europäerinnen und Europäern so erscheinen mag, als würde das Thema Zwangsarbeit sie so gar nicht betreffen, betrifft sie dieses Thema tatsächlich viel mehr, als sie glauben. Es wurde festgestellt, dass viele Dinge, die wir täglich benutzen – von Bekleidung bis hin zu Handys – [Materialien enthalten, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden](#).

Frühere Bemühungen, moderne Sklaverei zurückzudrängen und zu verhindern, hatten zu einem stetigen Rückgang der Zahl der Opfer von Zwangsarbeit geführt. 2016 trat jedoch eine Wende ein.

Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) schätzte, dass 2021 28 Millionen Menschen Zwangsarbeit verrichten mussten, somit 10 Millionen mehr als 2016. [Die Zahl der Kinder im Alter zwischen 5 und 17 Jahren, die Kinderarbeit verrichten](#), ist im selben Zeitraum um mehr als 8 Millionen auf insgesamt 160 Millionen gestiegen.

Die Europäische Union hat mit ihrer Handelspolitik versucht, die moderne Sklaverei in Drittstaaten zu bekämpfen. Diese Bemühungen waren nicht gänzlich erfolglos. Die ILO erklärte Anfang dieses Jahres, nachdem sie gemeinsam mit der EU, den USA, Deutschland und der Schweiz ein Projekt durchgeführt hatte, [Usbekistan für frei von Kinder- und Zwangsarbeit](#).

In jüngerer Zeit hat sich die EU um eine Stärkung ihrer Instrumente zur Bekämpfung missbräuchlicher Praktiken auf dem Arbeitsmarkt in Drittstaaten bemüht. Im [Februar](#) veröffentlichte die Kommission eine Mitteilung über menschenwürdige Arbeit weltweit, in der sie das Bekenntnis Europas zu menschenwürdiger Arbeit in der EU und weltweit bekräftigte. In der Mitteilung wurden die Bereiche dargelegt, auf die sich die Kommission bei der Stärkung künftiger und bestehender Instrumente konzentrieren will. Mit der [vorgeschlagenen Richtlinie über die Nachhaltigkeitspflichten von Unternehmen](#) würden große Unternehmen dazu verpflichtet, negative Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf die Umwelt und die Menschenrechte in ihrer Lieferkette anzugehen. Darüber hinaus kündigte Kommissionspräsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union [einen Vorschlag an, um auf dem EU-Markt Produkte zu verbieten, die in Zwangsarbeit hergestellt wurden](#).

Wir unterstützen weiterhin nachdrücklich die Förderung menschenwürdiger Arbeit durch die Kommission. Allerdings befürchten wir, dass Lücken in den aktuellen Vorschlägen zu einer suboptimalen Umsetzung führen könnten. Viele KMU werden nicht den Schwellenwert für die Zahl der Beschäftigten oder den Nettoumsatz erreichen, ab dem sie unter den Geltungsbereich der Rechtsvorschriften fallen würden. Die vage Terminologie der Richtlinie schwächt potenziell ihre Wirksamkeit. Hier muss nachgebessert werden. Wenn die Strukturen für den sozialen Dialog nicht kodifiziert werden, besteht die Gefahr, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als wirksames Kontrollinstrument ausgeschlossen werden. Die Bemühungen Europas um eine Verbesserung der Arbeitsnormen weltweit sind eindeutig zu begrüßen, jetzt

kommt es jedoch auf die adäquate Umsetzung der Vorschläge an. (Ic)



Unsere Pflege- und Gesundheitssysteme müssen auf die Menschen, ihre Rechte und Bedürfnisse ausgerichtet sein

von Danko Relić, Mitglied der Gruppe Organisationen der Zivilgesellschaft und Berichterstatter für die Stellungnahme SOC/720

Motivierte und gut ausgebildete Fachkräfte sind der Schlüssel zu starken und resilienten Gesundheits- und Pflegesystemen in der Europäischen Union. Unsere Pflege- und Gesundheitssysteme müssen auf die Menschen, ihre Rechte und Bedürfnisse ausgerichtet sein.

Dies bedeutet auch, die Menschen in alle einschlägigen Diskussionen, Konsultationen und Entscheidungen einzubeziehen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, werden wir eine medizinische Grundversorgung für alle, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht, sowie das Recht auf Gesundheit erreichen, wie es im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas empfohlen wurde. Nur so können wir allen Europäerinnen und Europäern einen gleichberechtigten und nachhaltigen Zugang zu einer erschwinglichen, präventiven, kurativen und hochwertigen Gesundheitsversorgung garantieren.

In seiner vor kurzem verabschiedeten [Initiativstellungnahme Strategie für das Gesundheitswesen und seine Arbeitskräfte für die Zukunft Europas \(SOC/720\)](#) ruft der EWSA dazu auf, eine europäischen Stelle zur Überwachung der Arbeitskräftesituation im Gesundheitswesen einzurichten, die die Mitgliedstaaten bei der Schaffung und Betreibung von Planungsstrukturen sowie bei der Abstimmung grenzübergreifender Aspekte der Planung unterstützt. Im Zusammenhang damit sollen Personen, die im Gesundheitswesen tätig sind, Freizügigkeit genießen. Der EWSA regt ferner an, den Aktionsplan für Fachkräfte im Gesundheitswesen und im Pflegebereich in der Europäischen Union zu aktualisieren, einschließlich einer integrierten Planung und Prognose in Bezug auf den Fachkräftebedarf in der Pflege und im Gesundheitswesen und die Anpassung der Kompetenzen der Fachkräfte im Gesundheitswesen und in der Langzeitpflege und -betreuung, insbesondere durch die Chancen, die die Digitalisierung bietet.

Mehr über die Stellungnahme SOC/720 erfahren Sie hier: <https://europa.eu/!9YgygW>

SOON IN THE EESC/CULTURAL EVENTS



Geopolitische Verwerfungen vor den Toren Europas: die Perspektive der Zivilgesellschaft

Das jährliche Seminar des EWSA für Kommunikatoren der Zivilgesellschaft, das am 24./25. November in Zagreb stattfindet, wird sich mit den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die EU anhand drei heikler Fragen beschäftigen.

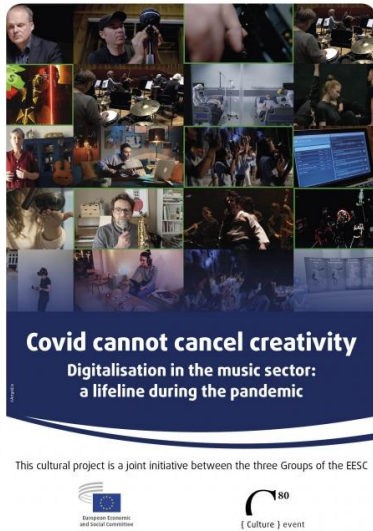
Unter dem Thema „Geopolitische Verwerfungen vor den Toren Europas: die Perspektive der Zivilgesellschaft“ geht es in erster Linie um drei wesentliche Aspekte im Zusammenhang mit dem Krieg:

- **EU-Erweiterung:** Wird der Krieg etwas am Verlauf der EU-Erweiterung ändern? Inwieweit ist die Ukraine, jetzt ein Bewerberland, bereit für einen Beitritt zur EU? Wie fair ist diese Sonderregelung gegenüber den Bewerberländern, die seit Jahren auf ihren EU-Beitritt warten? Und wie passt die Aussicht auf eine Europäische Politische Gemeinschaft hierzu?
- **Energie:** Was können die Mitgliedstaaten tun, um die Menschen jetzt bei der Bewältigung der aktuellen Krise zu unterstützen, da die EU auf das billigere russische Gas und Öl verzichtet und die europäische Industrie und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zunehmend belastet werden? Werden die Mitgliedstaaten versucht sein, wieder zur überaus umweltschädlichen Kohle zurückzukehren, oder wird dies den grünen Wandel beschleunigen? Kann die EU ihre Länder so erfolgreich aus dieser Krise herausführen, wie es ihr bei COVID-19 gelungen ist?
- **Kommunikation:** Eine der wichtigsten Waffen in diesem Krieg ist die Nutzung all der neuen technischen Möglichkeiten. Wie nutzen die gegnerischen Seiten dieses Potential? Wer gewinnt an dieser Front, und wie kommt die EU mit der neuen Welle von Desinformation zurecht?

Zu den Hauptrednern gehören die Journalisten **Tim Weber**, Spezialist für Desinformation im Internet und Gründer von BBC online, **Regis Genté**, Mitverfasser des Buches „*Volodymyr Zelensky: in the mind of a hero*“, und **Dušan Gajić**, Autor des Dokumentarfilms „*The Graduates*“ über die Identitätskrise, die der Krieg in Serbien ausgelöst hat.

Das Seminar ist Teil der Reihe „Connecting EU“, die bereits seit 16 Jahren eine Plattform bietet, auf der Presse- und Kommunikationsfachleute aus Organisationen der Zivilgesellschaft zusammenkommen und aktuelle europabezogene Themen von gemeinsamem Interesse erörtern können. Sie bringt EWSA-Mitglieder und andere EU-Vertreter, Partnerorganisationen aus den Mitgliedstaaten, Journalisten und Forscher zusammen, um über die aktuellen Themen zu diskutieren.

Das vollständige Programm wird in Kürze auf dem Internetportal des EWSA abrufbar sein. Die Teilnahme an der Veranstaltung erfolgt nur auf Einladung. Es gibt jedoch auch einige Plätze für Interessenträger. Wenn Sie eine Einladung erhalten möchten, wenden Sie sich bitte an: pressofficers@eesc.europa.eu.(dm)



Kreativität in Zeiten der COVID-19-Pandemie: die Musikindustrie

Das EWSA-Internetportal bietet eine Reihe von Videointerviews mit Musikschaaffenden zu der Frage, wie sich ihre Arbeit durch die COVID-19-Pandemie verändert hat.

Die Kultur- und Kreativbranche wurde von der COVID-19-Pandemie mit am stärksten getroffen. Mit digitalen Mitteln, Kreativität und Innovation ist es den Künstlerinnen und Künstlern jedoch gelungen, mit ihrem Publikum in Kontakt bleiben. Es sind neue Formen von Inhalten entstanden. Einige Videos zeigen Musikerinnen und Musiker, die zu Hause aufnehmen und so eine persönlichere Beziehung zu ihrem Publikum herstellen. Durch die Digitalisierung ist Musik auch für ausgegrenzte und benachteiligte Gruppen zugänglicher geworden.

Im Rahmen dieser Interviews unter dem Motto „[COVID kann Kreativität nicht aufhalten](#)“ wird beleuchtet, wie sich die Branche durch die intelligente Nutzung von Digitalisierung und Innovation an die restriktiven gesundheitspolitischen Maßnahmen infolge von COVID-19 angepasst hat, wie dies die Digitalisierung in der Musikbranche beschleunigt hat und wie der Innovationsschub nach der Pandemie weiter genutzt werden kann. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf den Vorteilen, die die Musikbranche aus der Digitalisierung zieht.

Das Projekt ist eine gemeinsame Initiative der drei EWSA-Gruppen (Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Organisationen der Zivilgesellschaft). Es stellt die Bedeutung von Kultur auch in Krisenzeiten heraus und zeigt, wie wichtig es für die Gesellschaft ist, Maßnahmen zur Unterstützung dieser Branche zu ergreifen, damit sie die Krise überstehen kann – auch mit Blick auf ihre wesentliche Rolle bei der Konjunkturerholung.

Der offizielle Startschuss für „COVID kann Kreativität nicht aufhalten“ wird am 26. Oktober gegeben. Die Videos sehen Sie [hier](#). (ck)



Ausstellung im EWSA zum 20. Jahrestag der gemeinsamen europäischen Währung

„The Journey of the Euro“ dokumentiert in einer Reihe von Bildern die Geschichte des Euro. Gezeigt wird Material des Historischen Archivs der Europäischen Union in Verbindung mit Informationen der Europäischen Kommission und Exponaten der Kroatischen Nationalbank.

Während wir den 20. Jahrestag des Euro begehen und über die mögliche Einführung eines digitalen Euro beraten, nimmt die Zahl der Euro-Länder weiter zu: Am 1. Januar 2023 wird Kroatien dem Euro-Währungsgebiet beitreten.

Der Parcours der Ausstellung nimmt die Besucherinnen und Besucher mit auf eine Reise vom ursprünglichen Konzept hin zur Einführung der Euro-Münzen und -Banknoten und regt sie an, über die Bedeutung einer gemeinsamen Währung nachzudenken und diese besser zu verstehen. Der Euro ist zugleich ein Friedenssymbol und das greifbarste Beispiel für die europäische Integration.

Die Ausstellung wird vom **5. bis 31. Oktober 2022** gezeigt. (ck)

Redaktion

Ewa Haczyk-Plumley (editor-in-chief)
Daniela Marangoni (dm)

Beiträge zu dieser Ausgabe von

Amalia Tsoumani (at)
Daniela Marangoni (dm)
Ewa Haczyk-Plumley (ehp)
Giorgia Battiato (gb)
Jasmin Kloetzing (jk)
Katerina Serifi (ks)
Katharina Radler (kr)
Laura Lui (ll)
Luke Carroll (lc)
Marco Pezzani (mp)
Margarida Reis (mr)
Pablo Ribera Paya (prp)
Thomas Kersten (tk)

Gesamtkoordinierung

Agata Berdys (ab)
Giorgia Battiato (gb)

Technical support
Bernhard Knoblach (bk)
Joris Vanderlinden (jv)

Anschrift

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
Jacques Delors Building,
99 Rue Belliard,
B-1040 Brussels, Belgium
Tel. (+32 2) 546.94.76
E-Mail: eescinfo@eesc.europa.eu

EWSA info erscheint neunmal im Jahr anlässlich der EWSA-Plenartagungen.

EWSA info wird in 23 Sprachen veröffentlicht.

EWSA-Info hat keinen Protokollwert; die offiziellen Aufzeichnungen über die Arbeiten des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA) können im Amtsblatt der Europäischen Union sowie in anderen Publikationen des EWSA eingesehen werden.

Die Vervielfältigung ist gestattet, sofern EWSA info als Quelle genannt und ein Link an die Redaktion übermittelt wird

11/2022